



Gemeinsame Erklärung der Spitzenverbände

Ja zu Europa – Nein zur Schuldenunion

Zum Euro-Sondergipfel am 11. März erklären die Präsidenten von BDI, BDA, DIHK und ZDH, Hans-Peter Keitel, Dieter Hundt, Hans Heinrich Driftmann und Otto Kentzler:

Das Leitmotto „In Vielfalt geeint“ drückt die Stärke Europas aus: Pluralität, Offenheit und Wettbewerb müssen auch künftig für unseren Kontinent stehen. Im europäischen Integrationsprozess ist der Euro eine der Erfolgsgeschichten.

Damit das so bleibt, muss unverzüglich ein wirksamer ordnungspolitischer Rahmen erarbeitet und implementiert werden. Wir unterstützen deshalb die Vorschläge der Bundesregierung für solide öffentliche Haushalte und wettbewerbsfähige europäische Volkswirtschaften. Eine Vergemeinschaftung von Schulden – wie sie ebenso zur Debatte steht – würde hingegen auch starke Länder überfordern und Europa insgesamt schwächen.

Im Einzelnen kommt es jetzt darauf an:

Europas Wettbewerbsfähigkeit steigern – Wirtschaftspolitik enger koordinieren

Für eine dauerhafte Lösung der Schuldenkrise muss die Wettbewerbsfähigkeit aller EU-Mitgliedstaaten gesteigert werden. Ein „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ ist daher eine sinnvolle Ergänzung zum Stabilitäts- und Wachstumspakt; seine Stoßrichtung muss auf die Öffnung von Märkten und die Steigerung der Beschäftigung zielen. Eine engere wirtschaftspolitische Abstimmung auf europäischer Ebene ist notwendig; sie soll sich jedoch an den Erfolgreichen orientieren und nicht am Durchschnitt.

Dazu kann eine Orientierung an makroökonomischen Indikatoren, wie zum Beispiel Leistungsbilanzsalden, Lohnstückkosten, Immobilienpreisen, privater Verschuldung, nützlich sein. Die damit verbundene europaweite Diskussion über die wirtschaftliche Entwicklung und ihre treibenden Faktoren schafft Transparenz für Unternehmen und Märkte – und somit auch für frühzeitige Reaktionen auf Fehlentwicklungen durch die Märkte selbst und ggf. auch die Politik. Eine zentralistisch-bürokratische Detailsteuerung lehnen wir aber entschieden ab.

Zum Schutz vor künftigen Staatsschuldenkrisen müssen die Anreize zu einer soliden Finanzpolitik durch Schuldenbremsen in den nationalen Verfassungen verstärkt werden. Wenn ein Land gegen den Stabilitätspakt verstößt, dann müssen die Sanktionen automatisch erfolgen und so wenig wie möglich durch Beschlüsse politischer Gremien beeinflusst werden können.

Bundesverband der Deutschen Industrie

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

im Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

Zentralverband des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20 / 21
10117 Berlin

Rechtzeitig umschulden – Private Gläubiger beteiligen

Eine rechtzeitige Umschuldung der Verbindlichkeiten von Krisenstaaten gehört in den Instrumentenkasten der Politik. Die EU sollte klare Regeln zur Abwicklung von Staatsinsolvenzen in den Europäischen Stabilisierungsmechanismus integrieren. Dabei gehören Risiko und Haftung zusammen. Eine Beteiligung privater Gläubiger führt zu risikogerechten Zinsunterschieden und wird künftig frühzeitig Konsolidierungsdruck auf stark verschuldete Staaten auslösen. Schon jetzt ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass diejenigen, die von höheren Risikoprämien profitieren, im Falle des Risikoeintritts auch dafür haften müssen – und nicht ausschließlich die Steuerzahler der solide wirtschaftenden Euro-Staaten.

Schulden nicht vergemeinschaften

Über den Europäischen Stabilisierungsmechanismus darf es nicht zu einer Vergemeinschaftung von Schulden durch die Hintertür kommen. BDI, BDA, DIHK und ZDH lehnen gemeinsame Euroanleihen im gegenwärtigen Stadium der europäischen Integration ab.

Der Stabilisierungsmechanismus darf nur aktiviert werden, wenn dies als Ultima ratio unabdingbar für die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt ist. Dazu gehört auch, dass die EU-Mitgliedstaaten Hilfsmaßnahmen nur einstimmig auslösen können; deshalb muss der Stabilisierungsmechanismus zwischenstaatlich organisiert sein. Finanzielle Mittel sollen zudem nur unter strengen Konsolidierungs- und Reformauflagen bei Beteiligung des Internationalen Währungsfonds gewährt werden.

Das Aufkaufprogramm der Europäischen Zentralbank für Anleihen von Eurostaaten muss so rasch wie möglich beendet werden. Die Stabilitätspolitik der EZB braucht eine wirksame Unterstützung der Euro-Mitgliedsländer durch eine nachhaltige Konsolidierung ihrer öffentlichen Haushalte.

Den Blick auf Europa als Ganzes richten

Die vier Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft fordern die Gipfelteilnehmer auf, ihre Beschlüsse nicht in erster Linie aus dem Blickwinkel ihres jeweiligen isolierten nationalen Interesses zu betrachten, sondern mutig und konsequent den Blick auf die großen europäischen Herausforderungen als Ganzes zu richten. In diesem Sinne sollte auch das Leitmotiv "In Vielfalt geeint" gesehen und umgesetzt werden.

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Prof. Dr. Dieter Hundt

Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel

Otto Kentzler